Robert Castel, Klaus Dörre (Hg.)

Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung

Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts

Unter Mitarbeit von Peter Bescherer

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Robert Castel ist Forschungsdirektor an der Pariser École des Hautes Études en Sciences Sociales. *Klaus Dörre* ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich Schiller-Universität Jena.

Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit

Robert Castel

Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit ist ein Hauptmerkmal gesellschaftlicher Entwicklung, an dem seit rund dreißig Jahren die Länder Westeuropas kranken, Deutschland ebenso wie Frankreich. Von einer »Wiederkehr« zu sprechen bedeutet, im Vergleich zu einem vorhergehenden Zustand eine Verschlechterung zu diagnostizieren. Bis Mitte der 1970er Jahre profitierten die Lohnabhängigen der genannten Länder tatsächlich von dem, was ich an anderer Stelle als »den sozialen Kompromiss des Industriekapitalismus« bezeichnet habe, von einem Kompromiss also, der sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatte. Er gewährleistete einen gewissen Ausgleich zwischen Marktinteressen einesteils, das heißt den Erwartungen der Unternehmen in Hinblick auf Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, und den Interessen der Welt der Arbeitenden anderenteils, was den Schutz und die Absicherung der großen Mehrheit der Arbeitnehmer anbelangt. Durchgesetzt wurde, mit anderen Worten, eine allgemeine soziale Absicherung, das so genannte soziale Netz, das die Mehrheit der Bevölkerung in den genannten Ländern vor den wichtigsten gesellschaftlichen Risiken schützte. Das ist der Zusammenhang, vor dessen Hintergrund nun die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit zu beurteilen ist.

Nachfolgend sollen in aller Kürze die wesentlichen Elemente des genannten Zusammenhangs in Erinnerung gerufen werden, um dann zu fragen, was in den vergangenen dreißig Jahren passiert ist. Welche neue Dynamik hat uns da erfasst, die sich als eine der Verunsicherung, der Prekarisierung zeigt, die früher vorhandene Strukturen in ihr Gegenteil verkehrt und bewirkt, dass Menschen heute in wachsender Zahl von neuem auf sich selbst gestellt sind, dazu verdammt, »von der Hand in den Mund zu leben«, wie es ehedem hieß, und einer ungewissen Zukunft entgegenzusehen?

Was den Gang des erwähnten Transformationsprozesses in seinen allgemeinen Zügen angeht, besteht in der sozialwissenschaftlichen Debatte relative Einigkeit. Prekarisierungsprozesse durchziehen unsere Gesellschaften auf breiter Front und destabilisieren die sozialen Sicherungssysteme, die sich im Verlauf der Entwicklung des industriellen Kapitalismus herausgebildet hatten. Schwieriger hingegen sind die Folgen dieser Transformationen für die Sozialstruktur abzuschätzen. Welche Individuen und Gruppen sind besonders betroffen? Bilden sie eine neue gesellschaftliche Klasse, und wenn ja, welche Stellung kommt einer solchen Klasse in der Gesellschaft insgesamt zu? Lässt sich von einem neuen Proletariat oder Subproletariat sprechen, das sich aus den Opfern der augenblicklichen Veränderungen zusammensetzen würde? Das scheint zumindest teilweise der tiefere Sinn der bedeutsamen Debatte zu sein, die in Deutschland um den Ausdruck »neue Unterschicht«* stattfand und noch immer stattfindet. Ich bin unglücklicherweise nicht ausreichend vertraut mit den deutschen Verhältnissen, um in dieser Kontroverse direkt Stellung beziehen zu können. Ich kann allerdings versuchen, etwas über die Art und Weise zu sagen, in der die Frage in Frankreich formuliert wird, wo die Terminologie ein wenig anders ist oder anders eingesetzt wird. Man spricht dort vom Ausschluss, von der Prekarität und der Pauperisierung der Arbeitenden, doch sind das Ausdrücke, die auf die gleichen Probleme zielen – und dabei die gleichen Schwierigkeiten mit sich bringen. Denn darum ist es mir vor allem zu tun: die Komplexität der Fragestellung hervorzuheben, ohne zu behaupten, fertige Antworten zu haben. Tatsächlich scheint es mir gegenwärtig das Beste, die Bedeutung der Probleme hervorzuheben, die durch die Verschlechterung der sozialen Lage in Frankreich und in Deutschland aufgeworfen werden und die Herausforderungen für die Gesellschaft zu klären. Im günstigsten Fall wird es darum gehen, einer meiner Meinung nach weiterhin offenen Debatte über die Auswirkungen der anhaltenden sozioökonomischen Veränderungen ein paar Aspekte hinzuzufügen.

* Deutsch im Original. (Anm. d. Übers.)

1. Von der sozialen Absicherung zur sozialen Unsicherheit

Wie Karl Polanyi in *The Great Transformation* (1944) eindrucksvoll gezeigt hat, lassen sich Natur und Reichweite einer sozialen Umwälzung nur verstehen, wenn man sie mit der vorangegangenen Situation vergleicht, deren Bedingungen sie grundlegend verändert. Die gegenwärtige »große Transformation« muss folglich, insofern sie durch die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit charakterisiert ist, vor dem Hintergrund einer Situation beurteilt werden, in der eine solche Unsicherheit im Wesentlichen gebändigt war. Tatsächlich ist die soziale Unsicherheit nicht erst in jüngster Zeit Realität geworden, ganz im Gegenteil. Der größte Teil der Bevölkerung, jene also, die man früher das gemeine Volk nannte, teilte im Laufe der Geschichte das Los eines Lebens mit sehr geringen Mitteln in beinahe völliger Rechtlosigkeit. In einer solchen Situation erschütterte der geringste unliebsame Wechselfall des Lebens – eine Krankheit, ein Unfall, der Verlust des Arbeitsplatzes – den prekären Gang der Existenz und barg die Gefahr, ins Verderben zu stürzen. Die Situation von Proletariern zu Beginn der Industrialisierung illustriert exemplarisch diesen Zustand absoluter sozialer Unsicherheit: ein Lohn am Existenzminimum, keinerlei Arbeitsrechte, keinerlei Sicherheit, die es erlaubt hätte, die eigene Zukunft und die der Familie abzusichern. Im Endeffekt zeigt sich eine Situation, die nicht nur der der Armut nahekommt, sondern in der auch in jedem Augenblick die Gefahr lauert, dass es noch schlimmer werden kann, man aller Mittel beraubt und gezwungenermaßen auf Hilfe angewiesen ist, weil man nicht über die mindesten Möglichkeiten verfügt, die eigene wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit zu bewahren. (So erging es etwa arbeitsunfähigen Arbeitern, die befürchten mussten, im Armenhospiz zu landen, es sei denn, Kinder oder andere Angehörige konnten eher schlecht als recht für ihren Unterhalt sorgen, was ein Glücksfall war.)

Hier ist offensichtlich nicht der Ort auszuführen, wie sich den Arbeitern ein Ausweg aus dieser Lage eröffnete, das heißt, wie es gelang, die massive und anhaltende soziale Unsicherheit in der Hauptsache zu bezwingen. Es war eine lange und konfliktreiche Geschichte, die sich über annähernd ein Jahrhundert hinzog. Doch auch auf die Gefahr hin, übermäßig zu verkürzen, lässt sich sagen, dass es im Kern gelang, die soziale Unsicherheit durch die Ausgestaltung von Strukturen *kollektiver Absicherung* zu bändigen. Es ist das Kollektive, das schützt: Kollektivvereinbarungen und Tarifverträge, kollektive Garantien des Arbeitsrechts und der sozialen

Sicherungssysteme und dazu, dem Ganzen übergeordnet, die Rolle, die dem Sozialstaat beziehungsweise dem Wohlfahrtsstaat, dem Inbegriff des Kollektiven, zuwächst.

In diesem Sinn ließen sich die europäischen Gesellschaften der 1960er und 1970er Jahre als *Versicherungsgesellschaften* begreifen, das heißt als Gesellschaften, in denen die große Mehrheit der Bevölkerung durch ein »soziales Netz« vor den wichtigsten gesellschaftlichen Risiken geschützt war – als Gesellschaften also, in denen an die Stelle sozialer Unsicherheit für die große Mehrheit der Bürger eine seitens des Staates garantierte allgemeine soziale Absicherung trat. Der Sozialstaat spielte eine fundamentale Rolle, wo es um das *Begrenzen von Risiken* ging. Wo es um Umverteilung ging, blieb seine Rolle hingegen recht beschränkt, denn selbst in der starken Wachstumsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Ungleichheiten zwischen den gesellschaftlichen Gruppen sehr ausgeprägt und praktisch unverändert. Die soziale Absicherung hingegen wurde für alle, oder zumindest für fast alle, sichergestellt. Als Beispiel lässt sich der Rentenanspruch anführen, der in enormem Maße die Unsicherheit begrenzt, die aus der Gefahr erwächst, ins Elend abzustürzen, sobald man nicht mehr arbeiten kann. Das Recht auf ein Altersruhegeld illustriert zugleich den Unterschied zwischen Fragen sozialer Sicherheit und Fragen sozialer Gleichheit. Einem geringen Einkommen entspricht eine geringe Rente, während einem guten Einkommen eine ansehnliche Rente entspricht. Die Umverteilungsfunktion des Rentenanspruchs ist sehr gering oder gleich null, die Absicherungsfunktion hingegen ist stark ausgeprägt. Die Rente gewährleistet selbst Geringverdienern ein Mindestmaß an Mitteln, das es ihnen gestattet, nicht in die Abhängigkeiten der Armut abzustürzen oder auf mehr oder weniger demütigende Formen der Fürsorge angewiesen zu sein. Der Rentenanspruch ist dabei ein mit dem Beschäftigungsverhältnis der Arbeitnehmer verknüpftes Recht, auf das ein uneingeschränkter Anspruch besteht, sofern man die erforderlichen Voraussetzungen als Berufstätige beziehungsweise Berufstätiger erfüllt.

Das Recht auf ein Altersruhegeld ist nur ein Beispiel für das Gebäude der sozialen Absicherung, das man, ausgehend von der Erwerbsarbeit, errichtete, ein Gebäude, das von einem großen Sieg über die soziale Unsicherheit zu sprechen erlaubt, auch wenn selbst in Zeiten des stärksten Wachstums beträchtliche Ungleichheiten bestehen blieben. Doch letztlich waren alle, oder fast alle, versichert und abgesichert. Gewiss blieben an den Rändern der Gesellschaft Individuen und Gruppen übrig, die von der Dynamik der Lohnarbeitsgesellschaft nicht erfasst wurden. (In Frankreich spricht man in diesem Zusammenhang von einer »Vierten Welt«, als bestünden in unseren Gesellschaften Dritte-Welt-artige Nischen der Unterentwicklung fort.) Man dachte im Allgemeinen, es handle sich um eine residuale gesellschaftliche Marginalität und Armut, die der wirtschaftliche und soziale Fortschritt im Wesentlichen beseitigen würde.

Bekanntlich trat ein solches Ergebnis nicht ein, eher das Gegenteil. Gegen Mitte der 1970er Jahre geriet der potenzierte und unaufhaltsam scheinende Ausbau der sozialen Sicherungssysteme ins Stocken und eine umgekehrte Dynamik kam in Gang, eine Dynamik, angesichts derer von einer *Wiederkehr der sozialen Unsicherheit* zu sprechen ist. Es ist hier wiederum nicht möglich, die Entwicklung im Detail darzulegen, doch sollen die Momente hervorgehoben werden, die den Kern des Phänomens zu bilden scheinen. Es handelt sich um eine Dynamik der *Entkollektivierung* beziehungsweise der *Re-Individualisierung*, deren Reichweite begreiflich wird, sobald man sich vor Augen führt, dass sie die kollektiven Organisationsformen, die sich unter den Bedingungen des Industriekapitalismus entwickelt hatten und die den Sockel der sozialen Sicherungsmechanismen bildeten, in ihr Gegenteil verkehrt und destabilisiert. Die neue Dynamik entfaltete sich auf mehreren Ebenen, die hier lediglich schematisch dargestellt werden.

Zunächst erlebte man auf der Ebene der Arbeitsorganisation eine Individualisierung der Aufgaben, die auf Seiten der Arbeitnehmer Mobilität, Anpassungsfähigkeit und die Übernahme von Verantwortung erforderlich machte. An die Stelle einer durch kollektive und hierarchisierte Strukturen geprägten Organisation der Produktion trat eine, die von den Beschäftigten verlangt, sich als Person einzubringen. Im äußersten Fall kann sich das Arbeitskollektiv vollständig auflösen, wie es bei der vernetzten Arbeitsorganisation geschieht, wo die beteiligten Mitarbeiter sich für die Dauer eines Projekts zusammenschließen, um sich, sobald das Ziel erreicht ist, wieder zu trennen und gegebenenfalls im Rahmen eines neuen Projekts erneut zusammenzufinden. Gewiss zeigt sich die Entwicklung so extrem nur in den am weitesten fortgeschrittenen Bereichen, betroffen ist vor allem die so genannte immaterielle Arbeit. Doch auch in den meisten anderen Produktionsbereichen breitete sich das neue System mit seinen Zwängen aus. Selbst Großunternehmen wie die der Automobilindustrie, die als Bastionen des Taylorismus galten, verändern sich von Grund auf. Sie werden etwa in kleine, autonome Produktionseinheiten zerlegt, die in

großem Umfang auf nicht fest angestellte Arbeitskräfte zurückgreifen, die häufig als Subunternehmer oder Zulieferer arbeiten. Das hat die Auflösung der alten kollektiven Formen zur Folge; die Arbeitnehmer werden atomisiert und stehen plötzlich in Konkurrenz zu anderen.[1]

Die gleiche Entwicklung lässt sich auf der Ebene der Berufswege beobachten. In seinem Buch *Risikogesellschaft* (1986) spricht Ulrich Beck von einem »Biografiemuster«, um die Anforderung zu charakterisieren, die dem Einzelnen aufträgt, seine berufliche Laufbahn selbst in die Hand zu nehmen, Entscheidungen zu treffen und sich selbst um Weiterbildung und Umschulung zu kümmern. Berufswege verlaufen nunmehr diskontinuierlich, im Gegensatz zu Zeiten, als sie sich häufig innerhalb ein und desselben Unternehmens abspielten und eine lineare Entwicklung durchliefen. Ihr Rahmen sind nicht länger die kollektiven Regelungen auf der Basis stabiler Beschäftigungsverhältnisse.

Um die Transformationsprozesse zusammenzufassen: Die kollektiven Strukturen brechen zusammen, während die Aufforderung, sich als Individuum zu verhalten, sich verallgemeinert. Dennoch sollte man sich hüten, diesen Wandel einseitig zu interpretieren. Manche Beschäftigten profitieren davon, maximieren ihre Chancen und fühlen sich von kollektiven Knebeln befreit. Das sind die Gewinner der sich vollziehenden Veränderungen. Ihr Erfolg beflügelt den neoliberalen Lobgesang auf den Unternehmergeist, auf Innovation, auf Risikobereitschaft und die Kritik an den bürokratischen, rechtlichen und staatlichen Zwängen, die zu einer angeblichen Verknöcherung führten.

Eine solche Sicht der Dinge klammert freilich einen anderen Aspekt der Wirklichkeit vollkommen aus. Nicht alle Arbeitnehmer sind gleichermaßen gewappnet, mit den genannten Anforderungen fertig zu werden. Viele verlieren den Boden unter den Füßen und werden vom Mahlstrom des Wandels weggespült, weil sie nicht imstande sind, sich daraus zu befreien. Nicht dass sie von Natur aus nicht dazu in der Lage wären, doch haben sie es weder gelernt noch verfügen sie über die erforderlichen Ressourcen zur Bewältigung der neuen Anforderungen. Ihnen fehlt die Ausbildung, ihnen fehlen die Mittel, die »Kapitalien«, wie Pierre Bourdieu sagen würde, die notwendig sind, um im positiven Sinne mit dem Wandel fertig zu werden. Die neue Konjunktur entwertet sie, manche finden sich in der Arbeitslosigkeit wieder, schlechtere Beschäftigungsverhältnisse markieren

1 Eine Analyse dieser Transformationsprozesse für Frankreich nehmen Beaud/Pialoux (2004) vor.

für manche den Abstieg, und wieder andere erklärt man als auf dem Arbeitsmarkt »unvermittelbar«.

Die Transformationsprozesse im Feld der Arbeitsbeziehungen markieren, so lässt sich behaupten, einen der Kernpunkte der Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, ihre Auswirkungen freilich gehen ganz offensichtlich über den Bereich der Arbeit im eigentlichen Sinne hinaus. Der Verlust des Arbeitsplatzes oder eine Beschäftigung unter schlechteren Bedingungen bedeuten auch den Verlust der Voraussetzungen, die es erlaubten, ein Minimum wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu wahren und es mit der Zukunft aufzunehmen. Die soziale Unsicherheit wird so für viele Arbeitnehmer zum Schicksal, sie trifft aber auf noch dramatischere Weise all jene, die nicht arbeiten: Die Transformationsprozesse haben zu einer Massenarbeitslosigkeit in der Größenordnung von einem Zehntel der Erwerbsbevölkerung geführt.

2. Folgen der Transformationsprozesse für die Sozialstruktur

Selbstverständlich ist es erforderlich, den Befund, der hier notgedrungen sehr allgemein dargelegt wird, genauer und differenzierter auszuführen.[2] Darüber hinaus wäre es sinnvoll, im Rahmen einer solchen Untersuchung die Besonderheiten der Verhältnisse in Frankreich und in Deutschland zu analysieren. Doch lässt sich meiner Meinung nach für beide Länder ganz zweifellos von einer Wiederkehr der sozialen Unsicherheit sprechen: Es handelt sich dabei um eine neue Form der Unsicherheit, die in hohem Maße der Schwächung und Auflösung der schützenden Strukturen geschuldet ist, die sich im Innern der Lohnarbeitsgesellschaft herausgebildet hatten. Man muss folglich von einer *sozialen Unsicherheit nach der Absicherung* sprechen, oder vielmehr von einer Unsicherheit, die weiterhin *von Strukturen der Absicherung umgeben und durchzogen* ist. Denn es gilt eine katastrophische Sicht der Dinge zu vermeiden: In Frankreich wie in Deutschland leben wir weder im Dschungel noch herrscht das Gesetz des reinen ökonomischen Kalküls. Für große Teile der Bevölkerung bleiben Strukturen der sozialen Absicherung bestehen.

2 Eine umfassendere Darstellung der Problematik habe ich in Castel (2005) versucht.

Doch auch wenn unsere Gesellschaften der sozialen Unsicherheit nicht völlig preisgegeben sind, bleibt die Frage, in welcher Art Gesellschaft wir heute leben. Was bedeuten die angesprochenen Transformationsprozesse im Hinblick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und Transformationsprozesse, die ganz offenbar eine wachsende Zahl von Menschen entwerten? Bilden diese Menschen eine neue gesellschaftliche Klasse, die sich aus den Verlierern des gegenwärtigen Wandels zusammensetzt? Auf eine solche Fragestellung bezieht sich nach meinem Verständnis die deutsche Debatte um den Ausdruck »Unterschicht«. Dies ist ein sehr schwieriges Problem. Daher sei zunächst thematisiert, was die Entsprechung im Französischen zu sein scheint, nämlich die Debatte um »Exklusion«, um sozialen Ausschluss. Eine darauf konzentrierte Darstellung erscheint mir freilich recht unzureichend. Ich will dagegen versuchen, einige charakteristische Merkmale jener Bevölkerungsgruppen herauszuarbeiten, die unter der Wiederkehr der sozialen Unsicherheit zu leiden haben. Allerdings bezweifle ich, dass aufgrund solcher Merkmale die Entstehung einer neuen gesellschaftlichen Klasse oder Unterklasse erklärt werden könnte.

Der Begriff der Exklusion hat sich in Frankreich ab den 1980er Jahren zunehmend als Chiffre durchgesetzt, um die seit Mitte der 1970er Jahre deutlich werdenden gesellschaftlichen Auflösungsphänomene zu benennen (Paugam 1996). Alain Touraine gab dem Terminus eine paradigmatische Bedeutung und ging dabei von einem Gegensatz aus, den er in der Gesellschaft zwischen »in« und »out« ausmachte (Touraine 1991). In dieser Perspektive geht es bei der sozialen Frage nicht länger um Ungleichheiten und ihren Abbau, ebenso wenig um Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die unterschiedliche Interessen verfolgen, sondern vielmehr darum, dass Menschen aus den Kreisläufen des gesellschaftlichen Verkehrs ausgeschlossen werden und als wertlos dastehen, als ob sie außerhalb der Gesellschaft existierten.

Ich selbst war, was eine solche Auffassung angeht, immer sehr zurückhaltend; die Kritik an ihr erlaubt allerdings, zu einer differenzierteren und zugleich komplexeren Vorstellung der durch soziale Unsicherheiten besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen zu gelangen. Der Begriff der Exklusion erscheint mir hingegen in den meisten Fällen, in denen er Verwendung findet, unangemessen, weil er gleichzeitig zu pauschal und zu statisch ist. Zu pauschal, weil er völlig heterogene Verhältnisse in eins setzt, so etwa, wenn man, wie es in Frankreich häufig geschieht, von »Ausgeschlossenen« spricht, um Langzeitarbeitslose, Jugendliche aus der Banlieue

oder Menschen ohne festen Wohnsitz gleichermaßen zu bezeichnen, obwohl diese Gruppen weder dieselbe Vergangenheit noch dieselben Lebensumstände oder dieselbe Zukunft teilen. Sie haben praktisch nichts gemein, außer dass sie sich in einer sehr schwierigen Situation befinden. Die analytische Reichweite des Begriffs der Exklusion ist also recht gering. Er begnügt sich damit, negativ und unterschiedslos den Mangel zu konstatieren, ohne eine Untersuchung der Merkmale der jeweiligen Situation in ihrer Besonderheit zu erlauben.

Zugleich ist Exklusion ein statischer Begriff. Er unterstellt einen Zustand, in dem die Betroffenen ein für allemal stecken. Doch tritt Exklusion vor allem als Ergebnis eines Prozesses auf, der unterschiedliche Abstufungen aufweist. So befinden sich Menschen häufig, bevor sie zu »Ausgeschlossenen« werden, in einer Situation der Verwundbarkeit – sie haben Arbeit, doch ist die Beschäftigungssituation prekär und es besteht die Gefahr, die Arbeit zu verlieren. Oder sie haben noch eine Wohnung, verfügen aber über so geringe Mittel, dass sie kurz davor sind, die Miete nicht mehr zahlen zu können und deshalb bald auf der Straße zu stehen. Auf einer anderen Stufe gibt es Arbeitnehmer, die völlig in die Arbeitswelt integriert scheinen, doch durch Arbeitslosigkeit abgehängt werden, weil ihr Unternehmen sich vielleicht entschlossen hat, die Geschäftstätigkeit dorthin zu verlagern, wo die Lohnkosten niedriger sind. Es existieren also stabile Situationen, die Gefahr laufen, destabilisiert zu werden. Es gibt Situationen der Verwundbarkeit, in denen die Betroffenen eine gewisse Zeit lang schlecht und recht durchhalten, die aber möglicherweise ebenfalls kippen. Führt man sich das vor Augen, ergibt sich ein (besseres) Verständnis dessen, was »Exklusion« genannt wird: Sie entsteht auf ganz unterschiedlichen Wegen, deren Stationen im Einzelnen nachzuzeichnen sind. (Ich habe daher vorgeschlagen, statt von Exklusion von *Entkoppelung* zu sprechen, um hervorzuheben, dass es das sukzessive Abhängen der Betroffenen ist, das sie über den Rand der Gesellschaft hinaustreiben kann.)

Es gibt mindestens einen weiteren Grund, zurückhaltend mit dem Begriff der Exklusion umzugehen: Er befördert eine atomisierte Sichtweise der Gesellschaft. »Ausgeschlossene« wären nach diesem Verständnis isolierte, von der Gesellschaft abgeschnittene und in ihrem Elend eingesperrte Einzelne, ganz so, als lebten sie in einer Sphäre außerhalb des Sozialen. Doch niemand existiert außerhalb des Sozialen. Die Rede von der Exklusion führt letztlich dazu, die kollektive Dimension der gesellschaft-

lichen Auflösungsphänomene auszublenden. Es gibt aber nicht nur isolierte Einzelne, sondern ganze Gruppen, die durch die aktuellen Entwicklungen entwertet werden. Insbesondere große Teile der integrierten industriellen Arbeiterklasse bleiben auf der Strecke und wissen, dass sie in den immer stärker auf Konkurrenz ausgerichteten gesellschaftlichen Strukturen, wie sie sich im Zuge der Europäisierung und Globalisierung durchsetzen, keine Zukunft mehr haben. Es geht um das kollektive Schicksal dieser gesellschaftlichen Gruppen. Die daraus erwachsenden Reaktionen können durchaus auch kollektiver Natur sein. Zu den bemerkenswerten und zugleich beunruhigenden Folgen der Wiederkehr der gesellschaftlichen Unsicherheit gehört etwa die Entwicklung von Ressentiments in »einfachen« Kreisen, die sich gegen andere Gruppen der Bevölkerung, wie die Immigranten, richten. Doch auch in diesem Fall bietet der Begriff der Exklusion keinen Ansatz, die entscheidenden politischen Konsequenzen solcher Einstellungen samt ihren xenophoben und rassistischen Inhalten – wie auch ihren Beitrag zum Erfolg der Parteien der extremen Rechten – zu verstehen.

Wenn es darum gehen soll, die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit in ihren Auswirkungen zu begreifen, genügt es nicht, darauf hinzuweisen, dass sie soziale Ausschließung zeitigt. Man muss die *transversale* Qualität des Phänomens in Rechnung stellen: Es berührt die verschiedensten Sphären des Sozialen. Wenngleich die Bereiche der Bevölkerung am Sockel der Gesellschaftspyramide am schwersten betroffen sind, geraten auch Teile des Mittelstands in eine Situation der Verwundbarkeit, und neben Arbeitslosen sind es Hochschulabsolventen, die abqualifiziert und prekarisiert dastehen.

Diese Merkmale unterstreichen nachdrücklich die Bedeutung von Prekarität und, präziser noch, von Prekarisierungsprozessen. Deren Berücksichtigung gestattet nach meinem Dafürhalten im Gegensatz zum bloßen Verweis auf Exklusion ein dynamischeres Verständnis der gegenwärtigen gesellschaftlichen Transformationen. Tatsächlich durchziehen Prekarisierungsprozesse die Gesellschaftsstruktur auf breiter Front. Wie bereits angedeutet werden auch leitende Angestellte, Vertreter technischer Berufe und bestimmte andere Teile des Mittelstands unter Umständen von Abqualifizierung und im äußersten Fall Entwertung getroffen. Die gesellschaftlichen Auflösungstendenzen entfalten dabei ihre Wirkung zugleich im Inneren der verschiedenen sozialen Gruppen. Es existiert innerhalb derselben Schicht ein enormer Unterschied zwischen der Situation von Angestellten, die im Verlauf ihres Lebens durchgängig einer Berufstätigkeit

nachgehen können, und der Situation von Beschäftigten, die arbeitslos werden. Prekarität und Prekarisierung bezeichnen somit Prinzipien des Brüchigwerdens, die sich nicht auf die unteren Schichten der Gesellschaft beschränken, sondern die verschiedensten sozialen Gruppen betreffen.

Zugleich aber, und das ist kein Widerspruch, berührt Prekarität insbesondere die am stärksten benachteiligten Schichten. Vor allem dort besteht die Gefahr, dass sie zu einer permanenten Bedingung des Lebens wird. Tatsächlich lässt sich Prekarität heute nicht länger als ein vorübergehender Zustand denken, als schwere Zeit, durch die man hindurch muss, bis man wieder eine feste Stelle gefunden hat. Eine steigende Zahl von Menschen gerät dauerhaft in die Prekarität. Für sie fügen sich diskontinuierliche Beschäftigung, Jobs, Gelegenheitsarbeiten, Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Umschulung aneinander, und all das führt selten zu einem stabilen Arbeitsverhältnis. In dieser Lage befinden sich viele junge Menschen, denen es nicht gelingt, sich dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Allgemeiner noch lässt sich ein Wandel des Arbeitsmarktes selbst beobachten, eine Vervielfachung der Tätigkeiten jenseits des klassischen, durch einen unbefristeten Arbeitsvertrag sicheren und dauerhaften Beschäftigungsverhältnisses, das fest definiert durch das Arbeitsrecht alle Vorteile der sozialen Absicherung bot. Die Expansion »atypischer Beschäftigungsformen«, etwa von Zeitarbeit und subventionierter Beschäftigung, könnte man ausführlich belegen. Es ist das Beschäftigungsverhältnis selbst, das zerfällt und einer Vielzahl von Tätigkeiten weicht, die jenseits davon angesiedelt sind. Solche Tätigkeiten gewähren nicht länger die Stabilität, die Absicherung und Sicherheit, die mit einem stabilen Beschäftigungsverhältnis verbunden waren.

Man könnte somit die Hypothese aufstellen, eine neue gesellschaftliche Lage stellte sich dauerhaft her, die möglicherweise als *Prekariat* zu bezeichnen ist: gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Arbeitsverhältnissen jenseits des klassischen Beschäftigungsverhältnisses, eine subalterne Form, die aus einer Situation der Arbeit erwächst, die unterhalb der Arbeitnehmerlage in der Lohnarbeitsgesellschaft angesiedelt wäre. Die Entwicklung eines solchen Sets von Arbeitsverhältnissen ist ein wesentliches Merkmal der aktuellen gesellschaftlichen Konjunktur in Frankreich wie in Deutschland. Doch lässt sich deswegen schon von der Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Klasse oder Unterklasse sprechen, von etwas wie einem Neo-Proletariat? Das erscheint mir aus mehreren Gründen schwierig.

Zunächst einmal beschränkt sich die Prekarität, wie bereits erwähnt, nicht allein auf die unteren Schichten der Gesellschaft. Vielmehr existiert, was man vielleicht eine »gehobene« Form von Prekarität nennen könnte, eine Prekarität von Angehörigen der Mittelklasse, die, gebildet und qualifiziert, häufig in den avanciertesten Bereichen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung tätig sind, etwa in den Medien oder in künstlerischen Berufen (man denke etwa an die so genannten *Intermittents du spectacle* in Frankreich – diskontinuierlich Beschäftigte im Theater-, Film- und Medienbereich). Eine Prekarität dieser Art stellt sich gewiss anders dar und bringt andere Reaktionen sowie andere Verhaltensweisen hervor als die Prekarität in »einfachen« Kreisen.

Aber auch in den unteren Schichten selbst, wo Prekarität weiter verbreitet ist, nimmt sie verschiedene Formen an und betrifft Gruppen in unterschiedlicher Weise. So verknüpfen sich in Frankreich die Probleme für Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, insbesondere für die Jugendlichen, aufs engste mit der so genannten Problematik der Banlieue. Die Jugendlichen aus den Vorstädten sind extrem häufig arbeitslos und leben unter prekären Bedingungen, doch werden sie zugleich, auch wenn sie meist französische Staatsbürger sind, zum Ziel von Diskriminierungen. Derart rassistische Ablehnung geht oft von Leuten aus den unteren Schichten der Gesellschaft aus, die selbst prekarisiert sind, aber ihre »französische Abstammung« herauskehren. Franzosen aus Einwandererfamilien werden von ihnen verachtet und herabgesetzt, obwohl ihre objektiven Lebenslagen sich ähneln. Solche zwischen den benachteiligten Gruppen existierenden Spaltungen und sogar Gegensätze machen es schwierig, sie als Teile ein und derselben gesellschaftlichen Klasse oder Unterklasse zu denken.

Ein weiteres Unterscheidungsprinzip der von Prekarität und sozialer Unsicherheit betroffenen Bevölkerungsgruppen verdient Aufmerksamkeit. Die Prekarität der alltäglichen Existenz, die Ungewissheit, was die Zukunft anbelangt, die permanente soziale Verunsicherung verweisen sehr häufig auf prekäre Arbeitsbedingungen, wie sie bereits mehrfach benannt wurden, darunter diskontinuierliche Beschäftigung, Teilzeit, Wechsel zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Es handelt sich in diesen Fällen um Arbeitsbedingungen, die den Menschen nicht das Minimum sichern, das ihnen eine wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit gewährleisten könnte. In diesen Zusammenhang gehört die Kategorie der »Armut trotz Arbeit«, die in jüngster Zeit in Frankreich in die Diskussion kam. Doch kann das prekäre Leben auch auf Umstände außerhalb der Arbeitsverhält-

nisse verweisen; die Betroffenen sind Teile der Bevölkerung, die auf staatliche Unterstützung beziehungsweise Sozialhilfe angewiesen sind und über keine Ressourcen aus Lohnarbeit verfügen. In Frankreich fasst man diese Transferleistungen unter dem Terminus der »sozialen Mindesteinkommen« zusammen, am verbreitetsten ist das so genannte RMI (*Revenu minimum d'insertion* – Mindesteingliederungseinkommen); die Leistungen werden unter bestimmten Bedingungen Bedürftigen, die keine Arbeit haben, zur Verfügung gestellt. Es existieren neue Kategorien von Leistungsempfängern (so der Personenkreis, an den sich die Eingliederungspolitik und die Politik des Kampfes gegen die Exklusion richten), doch ihre Lage ist nicht die gleiche wie die von in Armut oder prekären Verhältnissen lebenden Arbeitnehmer. Es erscheint mir daher abenteuerlich, sie als Teil ein und derselben gesellschaftlichen Klasse anzusehen, will man nicht dem Begriff der Klasse eine derart vage Bedeutung geben, dass er nicht mehr sehr viel aussagt.

Tatsächlich kompliziert sich die Sache dadurch noch mehr, dass für einen bestimmten Personenkreis Arbeitsverhältnis und staatliche Transferleistungen verknüpft sein können. In Frankreich betrifft das eine gewisse Reihe subventionierter Beschäftigungsmaßnahmen. Personen, die in den Genuss eines sozialen Mindesteinkommens (wie des RMI) kommen, sind mehr oder weniger nachdrücklich aufgefordert, eine bezahlte Tätigkeit aufzunehmen. Doch sind dies befristete Teilzeitarbeitsverhältnisse mit zumeist schlechter Bezahlung. Den Leuten bleibt deshalb ganz oder teilweise ihre staatliche Transferleistung, auch wenn sie gleichzeitig in begrenztem Maße Lohnempfänger sind. Das ließe sich am Beispiel des RMA (*Revenu minimal d'activité*) genannten Mindesteinkommens ausführen, doch soll an dieser Stelle auf allzu technische, nur die spezifisch französische Situation betreffende Erklärungen verzichtet werden; entsprechende Maßnahmen wird es auch in Deutschland geben. Die Problemlagen, um die es dabei geht, verdienen es freilich, hervorgehoben zu werden, zumal sie sich zweifellos noch ausbreiten werden. Der Status dieser Personen stellt eine Mischform dar zwischen Arbeit und Nichtarbeit, zwischen Lohnarbeit und Sozialhilfe. Auch das ist eine Art, die Prekarität zu leben, doch unabweislich eine, die sich von der Realität prekärer Lohnarbeit im eigentlichen Sinn unterscheidet. Und auch hier erscheint es unangebracht, alle von Prekarisierung Betroffenen in eins zu setzen, sie als ein und dieselbe Klasse zu behandeln.

Es geht hier nicht darum, die Dinge zu verkomplizieren. Der Niedergang der Art von Beschäftigungsverhältnis, das für die Lohnarbeitsgesellschaft hegemonial war (gekennzeichnet durch stabile Vollzeitarbeit, dazu Garantien im Hinblick auf Lohn, Arbeitsrecht und soziale Absicherung), hat einer Wiederkehr sozialer Unsicherheit den Weg frei gemacht. Zugleich führte die Entwicklung zur Entstehung einer ganzen Reihe von Erwerbstätigkeiten jenseits des klassischen Beschäftigungsverhältnisses, die sich alle durch eine gewisse Prekarität auszeichnen. Die jeweiligen Formen weisen große Unterschiede auf, im Hinblick auf das Verhältnis zur Arbeit ebenso wie auf die Lebensführung, die Existenzweise und die Möglichkeiten, die Zukunft zu meistern. Hinzu kommt, dass die Verhältnisse sich weiterentwickeln. Wir sind Zeugen eines Prozesses, der nicht aufhört, Wirkungen hervorzubringen, und dessen Ausgang keineswegs gewiss ist. Man sollte sich daher tunlichst davor hüten, allzu fest gefügte Positionen oder den Anspruch zu formulieren, in der gegenwärtigen Situation eine definitive Bilanz zu ziehen. Was die Prekarität anbelangt, bedarf es zuallererst weiterer Forschung, denn das Feld ist weit und die Formen sind mannigfaltig. Wir sind mit relativ neuen Situationen konfrontiert, deren Tragweite wir ganz offenkundig noch nicht kennen. Auf dem Spiel stehen bedeutende Fragen, was die Zukunft der Arbeit und ebenso was die zukünftige Gestalt unserer Gesellschaften anbelangt. Es ist notwendig, sich diese Herausforderungen klar vor Augen zu führen, ohne deswegen heute sagen zu können, wie weit der Prozess der Prekarisierung gehen wird, den diese so mächtige Dynamik vorantreibt. Unabdingbar ist es auch sich zu fragen, welche Mittel mobilisiert werden könnten, um ihm entgegenzutreten. Doch das steht auf einem anderen Blatt und läuft Gefahr, die Dinge noch schwieriger zu machen.

Aus dem Französischen übersetzt von Thomas Atzert

Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus

Klaus Dörre

Unsichere Zeiten – wohl selten ließ sich eine gesellschaftliche Selbstwahrnehmung ebenso einfach wie präzise auf den Begriff bringen. In einer historischen Konstellation, die bereits mit dem großen Crash von 1929–1933 verglichen wird (Galbraith 2008), scheint sich Robert Castels These einer Wiederkehr sozialer Unsicherheit eindringlich zu bewahrheiten. Eben noch saturiert und auf der Suche nach lukrativen Anlagen für disponibles Vermögen, sehen sich nun selbst gut betuchte Mittelschichtengruppen mit neuen Unwägbarkeiten konfrontiert. Wenn Finanzkrise und soziale Unsicherheit in einen Kausalzusammenhang gebracht werden, geht jedoch ein entscheidender Gesichtspunkt verloren. Soziale Unsicherheit ist nicht erst seit dem Kollaps der Finanzmärkte zu einer Massenerfahrung geworden. Vielmehr haben sich unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse als Folge eines *funktionierenden* Finanzmarkt-Kapitalismus auch in Kontinentaleuropa wieder verstärkt ausgebreitet. Die finanzkapitalistische Landnahme hat, so die These, eine historisch neue Form von Prekarität hervorgebracht, die das Gesicht der Lohnarbeitsgesellschaften fordistischen Typs irreversibel verändert. Nachfolgend wird diese Sichtweise in mehreren Schritten begründet. Zunächst (1.) geht es um eine theoretische Fundierung des Zusammenhangs von kapitalistischer Entwicklung und Prekarisierung. Es folgt (2.) eine knappe Skizze der historischen Folie, vor deren Hintergrund sich das strukturell (3.), subjektiv (4.) und herrschaftssoziologisch (5.) Neue aktueller Prekarisierungstendenzen diskutieren lässt. Abschließend (6.) werden konzeptuelle Schlussfolgerungen präsentiert.